

EUROPA-WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM HERBST 1959

Kohlenkrise hart noch immer der Lösung

Die Absatzkrise im europäischen und — nach dem belgischen — nun ganz besonders im deutschen Steinkohlenbergbau verschärft sich weiter. Trotz aller Bemühungen, die Produktion zu senken oder, wie in Belgien, die Zechen wettbewerbsfähig zu machen, liegen insgesamt 30 Millionen Tonnen auf Halde, die Produktion eines Vierteljahres. Die Mittel der Hohen Behörde, die zur Finanzierung der Kohlenhalden in Höhe von 7 Mill. Dollar bereitgestellt worden waren, sind erschöpft; fast 5 davon sind als Darlehen für deutsche Zechen ausgegeben oder vorgesehen. Die Bemerkung des Bergwerkschrektors *Hoffmann* von Hoesch, es seien 100 000 Bergleute zuviel an der Ruhr, konnte nicht gerade zur Beruhigung der oft seit Generationen vom Bergbau lebenden Bevölkerung beitragen, zumal 90 vH der fördernden Gruben bereits Feierschichten verfahren haben und sich der Lohnausfall schon vor Wochen auf 120 Mill. D-Mark belief. Man erinnert sich nur zu gut, wie noch vor Jahren Arbeitskräfte mit großartigen Versprechungen für den Ruhrkohlenbergbau abgeworben wurden. Dies alles ist heute ins Gegenteil umgeschlagen, und man fragt sich immer wieder, wie es zu dieser Situation kommen konnte, und wer die Schuld daran trägt. In ihrem 7. Gesamtbericht nennt die EGKS als Gründe für diese Entwicklung vor allem den Abbau der privaten Vorräte, den strukturellen Rückgang des Verbrauchs durch die Konkurrenz des Heizöls, die günstigere Lage der durch niedrigere Frachtraten bevorzugten Importkohle und nicht zuletzt die Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansionsrate überhaupt. Dies waren Faktoren, die man nicht vorausgesehen hatte. Im Gegenteil. Der Glaube an eine immerwährende Höchstexpansion war so groß gewesen, daß man langfristige Lieferverträge für US-Kohle abschloß, für deren Ablösung man jetzt rund 250 Mill. DM zahlt, die die „Notgemeinschaft des deutschen Kohlenbergbaus“ aufbringen mußte.

Die Diskussion, die um diesen Problembereich entflammte, hat sich heute unaufhaltsam einem Zentralpunkt genähert. Es handelt sich bei der Kohlenkrise um eine Strukturveränderung, die man zwar hätte kommen sehen müssen, mit deren so raschem Heraufwachsen aber niemand

gerechnet hat. Die Monopolstellung der Kohle auf dem Energiemarkt ist ein für allemal gebrochen. Unter diesen Bedingungen scheint sich die Kohlenwirtschaft zunächst einmal nach der Devise „Retten, was zu retten ist!“ zu verhalten. Abgesehen davon, daß die Beihilfen für konjunkturelle Vorratsbildungen, die Lockerung der Marktvorschriften in der EGKS und die Einführung eines Kohlenzolls in der Bundesrepublik Maßnahmen sind, die die Hohe Behörde durchführte oder guthieß, bewegten sich doch andere Versuche, wie z. B. die Fühlungnahmen zwischen Belgien, dessen Situation noch ärger ist, und der Bundesrepublik hart am Rande der Prinzipien, auf denen die EGKS aufgebaut ist. Ein Kohle-Öl-Kartell, das Ende vorigen Jahres gebildet wurde und der Kohle eine Anpassungsfrist verschaffen sollte, ist gescheitert. Außenseiter, die heute fast 15 vH der Ölnachfrage abdecken, unterbieten die Kartellpreise um bis zu 50 vH. Der jüngste Versuch, durch eine Ölsteuer die Entwicklung zu lenken, kann heute schon als Fehlschlag angesehen werden. Wer sich für Ölfeuerung entschieden hat, wird nicht auf Kohle umstellen, sondern den geforderten Preis bezahlen, den er ja gegebenenfalls über seinen eigenen Verkaufspreis wieder hereinholen kann. Die geringe Gezieltheit der Maßnahme zeigt sich schon darin, daß auch das leichte Heizöl für Hausbrand mitbesteuert werden soll, so daß der Verbraucher einen Teil der Zeche mitbezahlt. Aus der Idee der wirtschaftspolitischen Lenkungsmaßnahme, so unvollkommen sie auch war, wurde sofort wieder eine fiskalische Steuer.

Der deutsche Kohlenbergbau verschließt sich im Grunde nicht der Erkenntnis, daß man erhebliche Stilllegungen wird in Kauf nehmen müssen, doch sind seine Maßnahmen, die jetzt in die Wege geleitet werden, sporadisch und individualistisch. Jede Gesellschaft legt Flöze und Schächte in der Weise still, daß die Rentabilität der Unternehmung erhöht wird. Dies ist betriebswirtschaftlich zu verstehen. Es geht bei dieser Kohlenkrise aber nicht darum, welche Gesellschaft überlebt, sondern um eine Reorganisation der ganzen Branche. Bei der gegenwärtigen Handlungsweise bleiben volkswirtschaftlich unrentable Zechen am Leben, weil sie im Rahmen ihrer Gesellschaft noch rentabel sind, während mancher rentable Schacht stillgelegt wird, weil er betriebswirtschaftlich uninteressant ist. Wenn also seitens der deutschen parlamentarischen Opposition und der *Industriegewerkschaft Bergbau* neuerlich die Überführung der Bergbauwirtschaft in Gemeineigentum verlangt wird, so vor allem aus der Überlegung heraus, daß unter privatkapitalistischen Besitzverhältnissen an eine organische Strukturereinigung und an eine echte Energiepolitik, um die man nach Lage der Dinge nun einfach nicht mehr herumkommt, nicht gedacht werden kann. Solange eine wohlhabegewogene,

aber umfassende Kohlepolitik im Rahmen einer Energiepolitik fehlt, bleiben der Hohen Behörde nur Maßnahmen zur Milderung der aus der Entwicklung resultierenden sozialen Härten. Anpassungshilfen aller Art durch sie haben bis jetzt eine Höhe von 63 Mill. DM erreicht. Über 15 000 Bergarbeiter, davon 3100 in der Bundesrepublik, 5600 in Belgien, 1100 in Frankreich und 5300 in Italien bezogen oder erhalten noch im Rahmen dieser Aktion Wartegelder, Umschulungs- oder Umsiedlungsbeihilfen, eine Leistung, die ohne die Existenz der EGKS nicht aufzubringen wäre.

In diesem Zusammenhang verdienen Gedanken Beachtung, die von französischer Seite zum Kohlenproblem beigeleitet wurden. Diese Kreise sehen das Verschwinden der EGKS als unvermeidlich an, da sie nicht in der Lage sei, sich der revolutionären Entwicklung in der Energiewirtschaft anzupassen. Die Stahlwirtschaft würde fraglos ihren Platz in der EWG finden, während der Kohlesektor in eine *Europäische Energiegemeinschaft* eingehen müßte, in der man mit mehr Aussicht auf Erfolg als in der EGKS an der Koordinierung der verschiedenen Energiestoffe arbeiten könnte. Man ist sich darüber im klaren, daß dieser Vorschlag auf heftigen Widerstand der nationalen Interessen der Mitgliedsländer stoßen würde und fordert deshalb gleichzeitig ein direkt gewähltes europäisches Parlament, das in der Lage wäre, den Nationalregierungen verbindliche Auflagen zu erteilen.

Europa-Energie

Inzwischen zeichnet sich eine nachhaltige Bemühung auf dem Gebiet einer europäischen Energiekoordination ab. Fußend auf dem EGKS-Ministerratsprotokoll vom 10. 10. 1957 besteht eine interexekutive Arbeitsgruppe unter der Federführung der Hohen Behörde, der Vertreter der drei Gemeinschaften EGKS, EWG und EURATOM angehören, mit dem Ziel einer Energiekoordination. Vorab befaßt man sich mit unvermeidlichen Bestandsaufnahmen und Schätzungen — so Erstellung einer Energiebilanz für 1960 und längerfristiger Bilanzen für 5 bis 20 Jahre —, doch wird man die Entwicklung einer organischen und rationalen Konzeption einer Gesamtenergiepolitik nicht herumkommen. Hierzu bedarf es vor allem einer Revision der bisher vornehmlich auf die Kohle bezogenen Optik, und es muß überlegt werden, ob es auf die Dauer möglich ist, Kohle und Stahl den gleichen Regeln zu unterwerfen. Es geht jetzt vielmehr um die Beziehung aller Energieträger — Kohle, Erdöl und -gas, Hydroelektrizität und Atomkraft — zusammen.

Tatsächlich stehen diese Energieträger unter sehr unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen einander gegenüber. Die verschiedenen Bestim-

mungen der einzelnen Vertragswerke, das Fehlen einer einheitlichen Instanz und das unterschiedliche Preisverhalten der Anbieter sind einige Umstände, die uneinheitliche Marktbedingungen schaffen. Die Kohle hat heute in diesem Reigen von Natur aus die schwächste Stellung; steigende Preistendenz, starre Produktionsbedingungen und relativ hohe Verwundbarkeit bei Konjunkturschwankungen bei der Kohle stehen immer günstigeren Angeboten an Erdöl und Kernbrennstoffen gegenüber. Gewiß ist zu bedenken, daß Kohle noch immer diejenige Energiequelle ist, die die Gemeinschaft auf eigenem Territorium in hinreichender Menge besitzt. Frankreich hingegen beginnt bereits, einen neuen Energieplan in die Tat umzusetzen. Es will seine Kohleförderung bis 1965 um 3 bis 4 Mill. t und bis 1975 um 5 bis 10 Mill. t verringern, und es meldet für die nächsten Jahre die Beteiligung von Erdöl und Erdgas *am europäischen Energieaufkommen* aus den von ihm beanspruchten *Saharagebieten* an. Die Lagerbestände von 7,5 Mrd. t Rohöl (Hassi Messaoud) und 1000 Mrd. cbm Erdgas (Hassi R'Mel), deren Abtransport in Bälde möglich sein soll, würde die französische und darüber hinaus die europäische Energiebilanz erheblich beeinflussen. Auch die Perspektiven für das Aufkommen von Atomenergie sind günstig. Die Preise für spaltbares Material, z.B. Uran, haben, wie die Kernenergie-Agentur der OEEC mitteilt, eine deutlich absinkende Tendenz bei überreichlicher Produktion. Die bekannten Reserven lassen auch bei der Aufnahme größerer Energieproduktion eine Umkehrung dieses Verhältnisses nicht vermuten. Wenn auch die Aufgabe von EURATOM zunächst nur auf dem Gebiet der Forschung liegt, drängte doch der deutsche EURATOM-Kommissar *Krekel* vor dem Europa-Parlament auf eine beschleunigte Aufnahme der großindustriellen Produktion, ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Energielage, wenn man nicht ins Hintertreffen geraten wolle. Daß sich der französische Vertreter dieser Ansicht nicht anschloß, liegt nach dem eben Ausgeführten auf der Hand. Das Programm der EURATOM-Staaten sieht für die nächsten 6 Jahre eine Installation von nur 4 Mill kW vor. Für die erste Million wurde gerade ein Kreditvertrag von 135 Mill. US-\$ zwischen den USA und EURATOM unterzeichnet.

Sicherlich ist das nicht mehr als ein Auftakt. Für die nächsten 20 Jahre rechnet man mit einer *Vervierfachung des europäischen Energiebedarfs*, von dem 50 vH durch Öl und je 25 vH durch Kohle und Atomenergie gedeckt werden sollen. Was die gegenwärtige Verteilung auf die Energieträger in der EWG anbelangt, so entfallen auf Kohle 66 vH, auf Erdöl 25 vH, auf Erdgas 3 vH und auf Wasserkraft 6 vH. Dies entspricht genau den amerikanischen Verhältnissen in den dreißiger Jahren, während die Zahlen heute mit

2 5 / 4 4 / 2 8 / 3 ein Schlaglicht auf eine kommende Entwicklung in Westeuropa werfen.

Im gegenwärtigen Stadium sind die in der Kohlenwirtschaft Beschäftigten die Leidtragenden, aber erst wenn die Energiepolitik der nächsten Jahre festliegt, kann die Kohlenfrage sinnvoll gelöst werden. Dabei ist es nicht ermutigend, wenn ein so bedeutender Partner der Gemeinschaft wie die Bundesrepublik keinerlei Vorstellungen hat über das, was kommen muß; erklärte doch Staatssekretär *Westrick*, daß die Bundesregierung keine Richtlinien für eine künftige Entwicklung der Energiewirtschaft geben wird. Immerhin ist es beruhigend, daß die Hohe Behörde im Herbst dieses Jahres eine umfassende Konferenz anberaumen will, deren Thema die wirtschaftliche Neuerschließung derjenigen Gebiete Südbelgiens, aber auch der Bundesrepublik und Frankreichs ist, die von den Grubenstilllegungen am empfindlichsten betroffen sind. Ob das ganze Unternehmen allerdings ohne einen energiewirtschaftlichen Generalplan sinnvoll ist, bleibt fraglich.

Kleine FHZ —

Graben oder Brücke?

Schneller als erwartet hat die als Euromarkt vom britischen Industrieverband vor einem Jahr konzipierte Vereinigung der „anderen Sieben“ unter dem Namen „Europäische Freihandels-Vereinigung“ (European Free Trade Association — EFTA) Gestalt angenommen (vgl. „Europa-Wirtschaft“; in Heft 7, S. 431 f. dieser Zeitschrift). Die „Kleine Freihandelszone“ ist im Begriff, Wirklichkeit zu werden. Am 20. und 21. Juli erzielten Regierungsvertreter von England, Schweden, Norwegen, Dänemark, der Schweiz, Österreich und Portugal grundsätzliche Übereinstimmung darüber, daß die Zölle und Kontingente, beginnend am 1. Januar 1960 und endend etwa 1970, schrittweise abgebaut werden sollen. Eine Beschleunigung dieses Vorgangs wird erwogen. Ein Sachverständigenausschuß will bis Ende Oktober den genauen Vertragstext ausarbeiten.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, wie es zu dieser Entwicklung kam, so stellen wir fest, daß mit der Realisierung der EWG der OEEC-Kurs seine Kontinuität verlor. Der Versuch, sie in Gestalt der alle OEEC-Staaten umfassenden großen FHZ zu retten, scheiterte aus den bekannten Gründen, und die europäischen „Entwicklungsländer“ Irland, Island, Portugal, Griechenland und die Türkei (vgl. den folgenden Abschnitt „Assoziierung ja und nein“) sahen sich mit Rücksicht auf die schwache Konstitution ihrer heimischen Industrie außerstande, einem weiteren Liberalisierungskurs zu folgen. Die OEEC hatte ihr Ziel, eine hochgradige Liberalisierung, erreicht und verlor an Interesse.

Die Furcht vor einer egoistischen EWG-Blockpolitik sprach aus allen Zeitungsmeldungen

der Nicht-EWG-Staaten. Unter der Initiative Schwedens, wenn auch auf Betreiben Englands, das eine Vereinsamung am Rande des Kontinents fürchten mußte, kam es schließlich zum Zusammentritt der „anderen Sieben“, wobei Portugal, wenn auch unter erheblichen Zugeständnissen der anderen Partner, den „Entwicklungsländerblock“ verließ. Der Beitritt Finnlands — von der UdSSR, die den rein ökonomischen Charakter der FHZ nicht wahrhaben will, verwarnt — steht noch dahin. Die Lage kann sich bessern, wenn, wie verlautet, Finnland der SU die gleichen Handelsvorteile einräumt wie den FHZ-Partnern. Jedenfalls soll Finnland der Zugang jederzeit ermöglicht werden.

Wenn die EWG das Endergebnis vor allem auch politischer Erwägungen war, so wird man die FHZ als eine rein ökonomische Abwehrmaßnahme ansehen müssen. Dafür spricht schon der relativ kleine „Apparat“, der Ministerrat und Verwaltungsausschuß umfaßt; ob ein ständiges Sekretariat erforderlich ist, soll noch geprüft werden. Es wäre indessen verfehlt, nicht die Schwierigkeiten zu sehen, die der Durchführung dieses Vertrages entgegenstehen, der sich allein auf den Abbau von Handelshemmnissen beschränkt und nicht, wie der EWG-Vertrag, zwisdienstaatliche wirtschaftliche Koordinationen mit teilweiser Aufgabe der staatlichen Souveränität beinhaltet. Es ist hier die Fischerei und natürlich die Landwirtschaft, die gleich von vornherein ausgeklammert wurden und späteren Regelungen vorbehalten werden. Auch wird der geringere Entwicklungstakt Englands von den nordischen Staaten heute schon als mögliches Handikap gefürchtet.

Oberhaupt erwartet man von jenseits des Kanals die größten Schwierigkeiten, wenn neue Verhandlungen um die große, alle OEEC-Staaten umfassende FHZ beginnen. Damit kommen wir zu der Frage, ob es mit der Bildung der kleinen FHZ zu einer Zweiteilung Europas — genau genommen zu einer Dreiteilung: EWG — FHZ — übrige OEEC-Länder — kommt oder ob damit eine neue Basis für eine große FHZ geschaffen wird, ob ein Graben ausgehoben oder eine Brücke gebaut wird. Das *Kommunique* der Stockholmer Ministerkonferenz spricht von der „Möglichkeit für baldige Verhandlungen sowohl mit der EWG als auch mit den übrigen Mitgliedern der OEEC“, mit dem Ziel „einer multilateralen Vereinigung ...“, die alle Mitglieder der OEEC umfaßt“.

Trotz Beteuerung des Brückenschlags wird es aber zunächst zu Veränderungen in den Warenströmen kommen, die man vor allem in Westdeutschland und in Benelux spüren wird. Ein Handelskrieg wird indessen nicht ausbrechen, denn dafür sind die Handelsinteressen der EWG- mit denen der FHZ-Staaten zu sehr verwoben. Dänemark und Schweden sind je nach dem Erzeugnis nach beiden Seiten stark gebun-

den, der Außenhandel Norwegens ist vorwiegend zur FHZ, der der Schweiz und Portugals zur EWG gelagert. Auch England ist zur Zeit stärker bei den EWG-Ländern engagiert, deren Verlust als Markt durch die FHZ-Staaten kaum ausgeglichen werden könnte. Umgekehrt ist der Export deutscher Kraftwagen, Maschinen, Schiffe, Elektrogeräte und chemischer Produkte in die FHZ-Länder doppelt so groß wie in die EWG — eine Relation, die auch für Benelux gilt, hingegen weniger für Frankreich und Italien. Mit gemischten Gefühlen verfolgt Finnlands Holzwirtschaft, die beide Märkte braucht, die Entwicklung. Wenn es also auch nicht zu einem Handelskrieg kommen wird, so bringt doch die Zollsenkung, die mit 20 vH für 1960 beginnen soll, unweigerlich einen „Preiskrieg“ mit sich, der vor allem mit marktattraktiven Gütern, wie Automobilen und Textilien, geführt werden wird. Wollen die EWG-Lieferer der britischen Konkurrenz standhalten, so werden sich erhebliche Preisabstriche nicht vermeiden lassen, eine Situation, die für die deutsche Kfz-Industrie sicher recht heilsam ist.

Die Zollsenkungspolitik in der kleinen FHZ strebt einen Gleichschritt mit der EWG an. Hier liegt die Chance für einen späteren europäischen Freihandel und eine gegenseitige wirtschaftliche Durchdringung. Von Seiten der EWG sind offizielle und private Initiativen in dieser Richtung jedenfalls wieder entfacht. In Brüssel hat der EWG-Ausschuß für die Freihandelszone erneut einen ernsthaften Anlauf genommen, und die einzelnen nationalen Handelskammern der EWG-Länder wollen noch in diesem Sommer bilaterale Verhandlungen mit je einem Land der FHZ mit dem gleichen Ziel führen; so scheint die Brückenwirkung letztlich doch größer als die Grabenwirkung zu werden. Dies sollte schon im Interesse unserer OEEC-„Entwicklungsländer“ so sein, die am ehesten einen Anspruch darauf haben, etwas von den allzuoft gepriesenen Vorzügen wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu spüren, und die man, wie Minister *Erhard* sehr treffend bemerkte, nicht vor der Tür stehenlassen kann.

Assoziierung — ja und nein

Die Bemühungen *Spaniens*, als „salonfähig“ in den Kreis der westlichen Demokratien aufgenommen zu werden, begannen mit der Überlassung militärischer Stützpunkte an die USA, wurden mit der Assoziierung an die OEEC Anfang dieses Jahres fortgesetzt, womit Spanien eine regelmäßige Untersuchung seiner Wirtschaftsentwicklung zugestand, und endeten mit der Aufnahme als 18. Mitgliedsland in die OEEC. Dieser letzte Schritt war nur möglich, weil Spanien unter dem Druck seiner wirtschaftlichen Mißverhältnisse die Grenzen öffnete und sich zu erheblichen Reformen bereit erklärte. Gestützt auf einen Stabilisierungskredit aus ver-

schiedenen Quellen sowie Schuldenerleichterungen von zusammen 418 Mill. Dollar wurde ein mit Abwertung verbundener Einheitskurs der Peseta bei freier Konvertierbarkeit festgesetzt. Einer inneren Politik der Sparsamkeit und der Kreditrestriktionen steht nach außen eine „Europäisierung“ der Wirtschaft gegenüber. Liberalisierung der Importe bis zu 50 vH (vor allem Rohstoffe, Ersatzteile, Produktionsmittel), größere Freizügigkeit für ausländisches Kapital bei Beteiligungen an spanischen Unternehmen und großzügigere Regelung des Gewinntransfers werden, bei gleichzeitiger Einbeziehung Spaniens in den multilateralen europäischen Zahlungsverkehr, ihren Anreiz auf Kapitalexporthoren nicht verfehlen, wenn auch für manche Wirtschaftszweige noch Sonderregelungen gelten.

Von all dem wird Spaniens politische Konzeption zunächst nicht angetastet. Der Staat behält sich weiterhin die Kontrolle der Wirtschaft vor, doch will er durch Sondergesetze Monopole bekämpfen und durch steuerliche Maßnahmen die sozialen Schwerpunkte verschieben. Von einer höheren Belastung des Kapitals und des Großbesitzes verspricht er sich zudem eine Rückkehr des Fluchtkapitals aus dem Ausland. Wenn man allein bedenkt, daß 70 vH der spanischen Produktion von den Großbanken kontrolliert werden, so werden diese Maßnahmen fraglos zu Konflikten mit der bislang privilegierten Oberschicht führen. Auch können bei der jetzt unausbleiblichen und im Grunde wünschenswerten Strukturveränderung soziale Härten und Arbeitslosigkeit für einige Zeit nicht ausbleiben. Das neue Polizeigesetz zeigt, daß die Regierung diesen Problemen mit Methoden zu Leibe gehen will, die sich schlecht in das System der westlichen Demokratien einordnen lassen. Wenn es Spanien allerdings gelingen sollte, den Umstellungszeitraum ohne große soziale Einbußen zu überstehen, so wird die frische Luft Europas früher oder später auch der arbeitenden Klasse des Landes zugute kommen.

Mit der Aufnahme Spaniens in die OEEC ist wiederum ein weißer Fleck auf der europäischen Integrations-Landkarte verschwunden. Ob sich dieses Land eines Tages der EWG oder der kleinen FHZ anschließen wird, bleibt heute noch völlig offen. *Griechenland* und die *Türkei* hingegen haben ihre Entscheidung gefällt. Mitte Juli wurde dem Antrag Griechenlands um Aufnahme als assoziiertes Mitglied in die EWG vom Ministerrat grundsätzlich zugestimmt. Wenig später ging auch von der Türkei ein ähnlicher Antrag ein, dem die Zustimmung ebensowenig versagt werden wird. Daß diese Staaten keine volle Mitgliedschaft erwerben wollen und können, liegt auf der Hand. Sie suchen die handelspolitischen Vorteile, wollen ihre Grenzen aber noch nicht der freien Einfuhr öffnen. Zudem lockt der Entwicklungsfonds der EWG zur rascheren Industrialisie-

rung. Die Handelsverbindungen Griechenlands mit den EWG-Staaten sind bedeutend und betragen über 50 vH des Außenhandels in beiden Richtungen. Zuguterletzt kann man so wichtige NATO-Partner wie Griechenland und die Türkei schon allein aus politischen Gründen nicht im Stich lassen.

Verfehlt wäre es indessen, die politische Notwendigkeit zu bejahen, aber „wirtschaftliche“ Bedenken anzumelden, da die Assoziation für die EWG-Staaten nur ein „Zuschußgeschäft“ sei, wie man neuerdings in Kommentaren lesen kann. Gewiß rechnet z. B. Griechenland mit einer Absatzsicherung für seine Agrarerzeugnisse und will unter dem Schutz hoher Zollmauern mit EWG-Entwicklungsmitteln eine eigene Industrie aufbauen. Aber ist das nicht ganz natürlich und auf das Endziel aller laut genug propagierten Integrationsbestrebungen gerichtet? Kommentatoren, die hier höhnisch fragen, wer denn nun noch alles Aufnahme in ein wirtschaftlich geborgenes Dasein im schützenden EWG-Schoß suchen wird, scheinen dieses Ziel völlig aus dem Auge verloren zu haben. Sollte die westeuropäische Integration das Ziel haben, den volkswirtschaftlichen Wohlstand der Industriestaaten noch mehr zu vergrößern, ohne dabei den sozialen Abstand zu den weniger entwickelten Nachbarn zu verringern, so wird man der sowjetischen Kritik an der EWG, als einem „kurzlebigen Kompromiß mit Herrschaft der ökonomisch, politisch und militärisch Stärksten“, schwerlich etwas entgegenzuhalten haben, während zur gleichen Zeit die UdSSR mit der Propaganda von der „gegenseitigen Hilfe der entwickelteren für die weniger industrialisierten Volkswirtschaften“ mit Erfolg hausieren geht.

Man sollte doch bei allem nicht die Maßstäbe verlieren und sich ernstlich fragen, für wen die Integration in einen größeren Wirt-

schaftsraum nun wirklich existenz- und lebensnotwendig ist und wem sie schließlich und endlich vor allem zur wenn auch wünschenswerten Verbesserung des allgemein über dem Welt-durchschnitt stehenden Lebensniveaus dient. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch der Fragenkomplex der *Assoziation der überseeischen Gebiete* und der *Hilfe für Entwicklungsländer* gesehen werden. Freilich gilt es hier vor allem, bei den jüngst unabhängig gewordenen Staaten zunächst einmal Vertrauen zu gewinnen. Denn wer kann es einem Land wie *Marokko* verübeln, wenn es glaubt, der „Imperialismus einer Nation würde abgelöst durch den einer Gemeinschaft“. Wie kann man eine solche Meinung ändern, solange ein Mann wie Präsident *Bourgiba* bei dem Versuch, gegen den Widerstand weiter Kreise Tunesiens und Nordafrikas eine Brücke zur EWG zu schlagen, in Brüssel abgewiesen wird, wobei alle EWG-Vertreter sich „im Schlepptau des französischen Delegierten“ befanden? Der neue Kurs Frankreichs, die NATO gegen seinen Kolonialkrieg in Algerien auszuspielen, schadet nicht zuletzt der EWG und der Sache Europas. Dabei sind die 800 Mill. DM, die die Bundesrepublik innerhalb fünf Jahren für die vorwiegend französischen Überseegebiete à fonds perdu aufzubringen hat, genauso wie die Mitwirkung ehemals deutscher Forscher an der Entwicklung einer französischen Prestige-A-Bombe, die die Sahara verseuchen soll, Posten, deren Tragweite heute überhaupt noch nicht abzusehen ist. Von der Werbung um Vertrauen kann somit wahrlich nicht gesprochen werden. Glücklicherweise bieten sich heute in Griechenland und der Türkei zwei Möglichkeiten, in nächster Nähe Entwicklungshilfe zu praktizieren, deren Erfolg vielleicht geeignet ist, die Zusammenarbeit mit der EWG auch bei anderen Ländern interessant zu machen.

Dr. Wolf Donner